

Das Volksbegehren zur Enteignung von Großkonzernen – was genau bedeutet es für NEUES BERLIN als Genossenschaft?



THOMAS FLECK & STEFAN KRAUSE
Vorstand von NEUES BERLIN

Schreiben Sie uns bei Fragen
oder Anregungen:

 vorstand@neues-berlin.de

JUNI 2021

Liebe Mitglieder,

seit Monaten macht eine Initiative mit ihrem Volksbegehren zur Enteignung großer Wohnungskonzerne auf sich aufmerksam. Die Grundidee klingt auf den ersten Blick gar nicht verkehrt: langfristig bezahlbare Mieten sichern. Doch bei genauerer Betrachtung stellen sich viele Fragen, die meisten bleiben unbeantwortet.

Mit dieser Sonderausgabe des WIR.EXTRA möchten wir Ihnen kurz und knapp die wichtigsten Informationen zum aktuellen Volksbegehren und der Enteignung von Wohnungskonzernen zukommen lassen.

Warum dieses Vorhaben auch Sie direkt betrifft und wie die Position von NEUES BERLIN als Genossenschaft dazu ist, erläutern wir Ihnen auf den folgenden Seiten und laden Sie ein, sich mit Fragen, Gedanken oder Anmerkungen zu dem Thema an uns zu wenden.

Worum geht es?

Das Volksbegehren und die Enteignung von großen Wohnungskonzernen

Die Initiative „Deutsche Wohnen & Co. enteignen“ sammelt noch bis zum 25. Juni 2021 mittels eines Volksbegehrens Stimmen, um den Berliner Senat zu einem Gesetzentwurf für die Enteignung von großen Wohnungskonzernen zu bewegen. Wohnungsunternehmen mit mehr als 3.000 Wohneinheiten in Berlin sollen enteignet und die Wohnungen und Grundstücke in Gemeineigentum überführt werden (Vergesellschaftung). Verwaltet werden sollen die Wohnungen künftig durch eine noch zu gründende Anstalt öffentlichen Rechts (AöR), die rein kostendeckend wirtschaften soll.

Was ist das Ziel der Initiative „Deutsche Wohnen & Co. enteignen“?

Mit der Enteignung und Vergesellschaftung von etwa 240.000 Mietwohnungen großer Wohnungskonzerne will die Initiative in erster Linie dauerhaft bezahlbare Mieten (angelehnt an den Berliner Mietspiegel) schaffen. Die rein kostendeckende Bewirtschaftung und Verwaltung durch eine Anstalt öffentlichen Rechts soll für Transparenz sorgen und den Spekulationen durch große Wohnungskonzerne ein Ende setzen. Unserer Auffassung nach fallen auch alle großen Genossenschaften unter das Gesetzesvorhaben.



Was bedeutet das Enteignungsgesetz für Sie und unsere Genossenschaft?

Genossenschaften wie NEUES BERLIN – und damit deren Mieter und Mitglieder – sind von der Gesetzgebung voraussichtlich direkt betroffen, denn entgegen der Aussagen der Initiative gibt es keine rechtliche Grundlage, Genossenschaften mit über 3.000 Wohnungen von der Enteignung ausschließen zu können (Gleichbehandlung aller vor dem Gesetz).

Der Vorstand distanziert sich deutlich vom Vorhaben der Initiative und steht dem Beschluss zur Erarbeitung eines Gesetzentwurfs kritisch gegenüber.

Diese juristische Problematik hat bereits der Fall „Mietendeckel“ gezeigt. Das bedeutet: Bekommt der Volksentscheid mit dem Beschluss zur Erarbeitung eines Gesetzentwurfs zur Vergesellschaftung der Wohnungsbestände großer Wohnungsunternehmen bei der Wahl im September

ausreichend „JA-Stimmen“, würde NEUES BERLIN mit hoher Wahrscheinlichkeit ebenfalls enteignet und der Wohnungsbestand vergesellschaftet werden können – als „Kollateralschaden“ bei der Enteignung der Großkonzerne. Der Vorstand distanziert sich daher deutlich vom Vorhaben der Initiative und steht dem Beschluss zur Erarbeitung eines Gesetzentwurfs kritisch gegenüber.

Enteignungen schaffen keinen Wohnraum und keinen sozialen Frieden in Berlin

Investitionen sind wichtig für eine Weiterentwicklung des Wohnungsmarktes. Anders als große Wohnungskonzerne und anders als der Vorschlag der Initiative investiert NEUES BERLIN seine erwirtschafteten Überschüsse zum Vorteil der Gemeinschaft. Denn bei einer rein kostendeckenden Verwaltung des Wohnungsangebotes, wie es die Initiative vorsieht, gibt es aus Sicht des Vorstandes keine Möglichkeit, Wohnqualität zu erhalten und zu verbessern, da die Mittel für Investitionen und die Schaffung neuen Wohnraums bei dem vorgeschlagenen Vorgehen nicht erwirtschaftet würden.

Genossenschaften wie NEUES BERLIN leisten seit Jahrzehnten Zukunftsarbeit: mit genossenschaftlichen Werten, Transparenz und in Kooperation mit den Mitgliedern sichern und schaffen wir erfolgreich dauerhaft bezahlbaren Wohnraum.

Ohne Investitionen und verantwortungsvolle Bewirtschaftung ist keine zukunftsweisende Weiterentwicklung möglich.

Was macht die Wohnqualität bei NEUES BERLIN aus?

Unser Engagement für unsere Mitglieder ist tief verwurzelt in unseren Werten, denn wir sind überzeugt: Wohnqualität und sozialer Frieden in der Stadt definieren sich nicht allein über einen günstigen Mietpreis. Bei NEUES BERLIN bieten wir unseren Mietern neben der fairen Miete und

Ohne Investitionen und verantwortungsvolle Bewirtschaftung ist keine zukunftsweisende Weiterentwicklung möglich.

gutem Komfort vor allem Service und Mitgestaltung: eine professionelle Verwaltung und verlässlichen Mieterservice, Nähe und Erreichbarkeit, persönliche Ansprechpartner, Mitgestaltung sowie Angebote, um Gemeinschaft zu erleben. Daher sorgen wir uns, dass wir unsere Stärken und unseren Service nicht mehr für Sie, unsere Mitglieder, umsetzen dürfen, wenn der Beschluss zur Erarbeitung eines Gesetzentwurfs im September mit vielen Stimmen zustande kommt.

NEUES BERLIN hat Mieten neu gedacht: unsere Mietkonzeption

In unserer gemeinschaftlich erarbeiteten neuen Mietkonzeption, die zum 1. Juli 2021 in Kraft tritt, konnten wir unter Mitwirkung einer eigens dafür gegründeten Mietenkommission und über verschiedene Beteiligungsformate eine langfristige, sichere und faire Preisstruktur für unsere Mieten erarbeiten, die die Perspektiven der Mitglieder berücksichtigt. So orientiert sich die Miethöhe bei NEUES BERLIN nicht allein am stetig steigenden Mietspiegel – unsere Mieten bleiben aktuell sogar darunter. Vielmehr orientiert sich unsere Mietpreisentwicklung an der eigenen Wirtschaftlichkeit und dem



„ Das Volksbegehren gefährdet die Vorteile unserer Genossenschaftsmitglieder. Aus unserer Sicht sind die Mitglieder der Genossenschaft auch auf lange Sicht richtig gut bei uns aufgehoben – Enteignungen lösen nicht das Problem der Wohnungsknappheit.

THOMAS FLECK | Vorstand

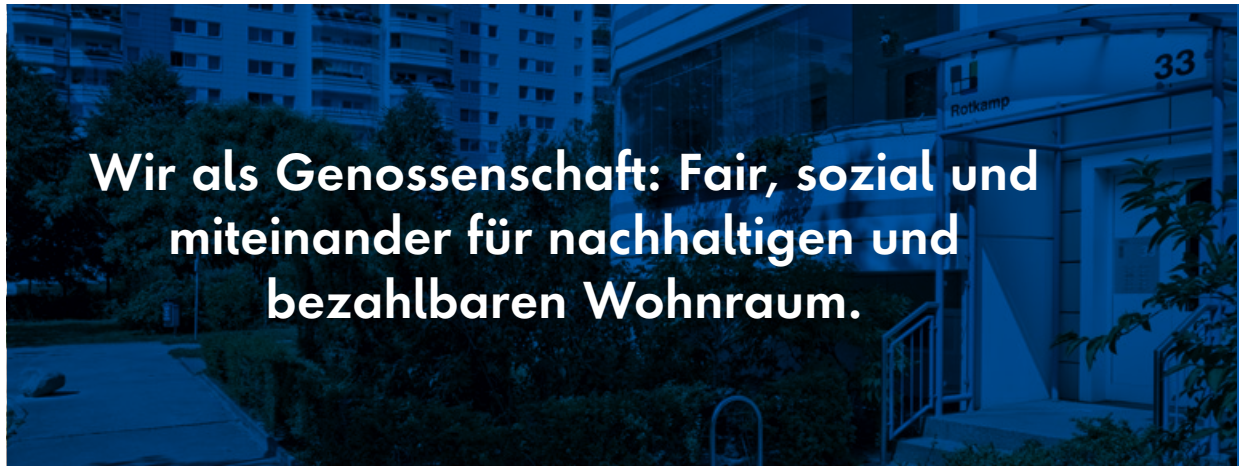


„ Wir ermöglichen unseren Mietern seit Jahrzehnten sichere, faire Mieten, sogar unter dem aktuellen Mietspiegel. Unsere Überschüsse investieren wir schon immer in unsere Wohnanlagen, in Neubauten und Modernisierungen. So schaffen wir neuen, bezahlbaren Wohnraum und eine verlässliche Wohnqualität.

STEFAN KRAUSE | Vorstand

Investitionsbedarf der nächsten Jahre. Kurz: Nur so viel wie nötig und nicht so viel wie möglich – und das in einem transparenten, mit den Mietern abgestimmten Prozess.

In Folge eines erfolgreichen Volksentscheides und der Vergesellschaftung unserer Wohnungen würden die Mieten voraussichtlich steigen und an den Mietspiegel angepasst werden.



Wir als Genossenschaft: Fair, sozial und miteinander für nachhaltigen und bezahlbaren Wohnraum.

NEUES BERLIN und andere Genossenschaften ...

- haben Mitglieder, die Eigentümer sind und Mitspracherechte haben
- arbeiten transparent und kooperativ
- haben genossenschaftliche Werte und Arbeitsweisen
- schaffen bezahlbaren, guten Wohnraum
- leben vom Dialog und der Mitgestaltung durch die Mitglieder
- verbinden die Vorzüge von privaten und staatlichen Wirtschaftsformen
- sind serviceorientiert und hören die Bedarfe ihrer Mieter
- investieren in Bestand und Innovation
- sichern angemessene, stabile Mieten
- pflegen Nachbarschaften und Gemeinschaft
- fördern bürgerschaftliches Engagement
- sind als solidarische Gemeinschaft für große Aufgaben besser aufgestellt

„NEIN“ zum Volksbegehren, weil ...

- neben den Großkonzernen vermutlich auch NEUES BERLIN und zahlreiche andere Genossenschaften als „Kollateralschaden“ enteignet würden
- es keine dauerhafte Entspannung auf dem Wohnungsmarkt bietet
- es Investitionen stoppt und keine zukunftsfähige Bewirtschaftung ermöglicht
- es nicht sicher ist, wie professionell und mieterorientiert die künftige Verwaltung durch eine Anstalt öffentlichen Rechts agieren wird
- es keine solidarische Gemeinschaft oder sozialen Frieden schafft
- die Genossenschaftsidee Weltkulturerbe ist und mit dem Gesetzentwurf der Initiative in Frage gestellt würde

Leisten Sie **KEINE** Unterschrift für die Initiative.
Stimmen Sie bei einem Volksentscheid für **NEIN!**

Liebe Mitglieder,

diese außergewöhnlich klare Ausführung unseres Standpunktes zu der Enteignungsinitiative macht Ihnen vielleicht deutlich, wie wichtig uns das Anliegen ist. Jetzt kennen Sie unseren Blickwinkel und unsere Sorgen und wissen, wie Sie

NEUES BERLIN unterstützen können. Uns ist bewusst, dass es unterschiedliche Meinungen zu dem Thema gibt, weshalb wir gerne mit Ihnen ins Gespräch dazu kommen möchten.

Wir sind da und stehen Ihnen für Fragen, Anregungen und Hinweise zur Verfügung.

Schreiben Sie uns gerne an:

 vorstand@neues-berlin.de

Wir freuen uns über den Dialog mit Ihnen!